

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 289.

Freitag, den 11. Dezember 1902.

10. Jahrg.

Sterben eine Beilage.

## Die Feuerprobe.

Unter den Initiativanträgen, die die sozialdemokratische Fraktion im neuen Reichstag eingebracht hat, befindet sich auch einer, der die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter zu allen deutschen Parlamenten bezweckt.

Daß dieser Antrag den Wünschen des Volkes entspricht, darüber kann wohl kein Zweifel bestehen. Denn kein Volk der Welt verzichtet überlegend und freiwillig auf das Recht, sein Geschick selbst bestimmen zu dürfen. Daß der Antrag auch zeitgemäß ist, das beweisen die zahlreichen Wahlreformen, oder Wahlreformwünsche, mit denen sich die meisten größeren Einzelregierungen Deutschlands herumquälen.

Allerdings bedeutet dieser Antrag auch eine Abänderung der Reichsverfassung. Denn sein Grundgedanke geht dahin, daß für die Zugehörigkeit jedes Einzelstaats zum Bundesstaat die Demokratie der eigenen Gesetzgebung Vorbedingung sein soll. Ähnliche Bestimmungen befinden sich in den Verfassungen der Schweiz, sowie der amerikanischen Bundesrepublik. Verhältnismäßig neu wäre nur die verlangte Einführung des Frauenstimmrechts; aber auch sie hat schon in Australien ein Vorbild gefunden.

Es liegt also eigentlich gar nichts Revolutionäres in dem sozialdemokratischen Antrag. Viel eher könnte man von einem besonnenen Konservatismus sprechen, der vorhandene Reime weiter entwickeln und die Quelle innerer Konflikte verschütten will. Denn eine solche Quelle innerer Konflikte ist zweifellos in der Thatsache vorhanden, daß die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Einzelstaaten auf so durchaus verschiedenen Grundlagen ruhen.

Wie kommt es nun, daß diese naheliegende, sehr ruhige, sehr maßvolle, sehr besonnene Volksforderung, die die sozialdemokratische Fraktion vertritt, so gar keine Aussicht auf Erfüllung hat, daß eigentlich niemand ernstlich ihre Bewilligung durch die gesetzgebenden Faktoren des Reichstages erwartet?

Es wäre lächerlich, diesen Antrag gegenüber die Fahne des Partikularismus zu erheben und von einem Eingriff in die Rechte der Bundesstaaten zu reden. In einem Staate, der nach modernen Begriffen gerecht und vernünftig verfaßt ist, hat eben kein Theil das Recht, die Rechte seiner Bevölkerung zu verkürzen. Die preussische, bayerische, sächsische und andere Regierungen mögen sich das Recht anmaßen, dem Volke seinen Anteil an der Gesetzgebung nach eigenem Ermessen zuzuschneiden, der bayerische, der preussische, der sächsische — kurz jeder Theil des deutschen Volkes wird seiner Regierung dieses Recht energisch bestreiten.

Ein zweiter Standpunkt, den man wahrscheinlich dem sozialdemokratischen Antrag gegenüber geltend machen wird, ist jener, der den Frauen die Fähigkeit bestreitet, in der Politik mitzuwirken. Wir sind gerne bereit, mit den Gegnern des Frauenstimmrechts zu diskutieren, und hoffen, dabei manche Eroberung zu machen. Wenn sich aber das bornierte urmännliche Selbstherrschertum vorläufig dennoch nicht aus seiner Stellung verdrängen läßt, so würden wir die Einführung des Volkswahlrechts vorerst für die Männer, zwar nicht als eine volle Befriedigung unserer Wünsche, aber doch als eine annehmbare Abschlagszahlung akzeptieren. Wir sind bescheidene Leute und lassen uns auch auf Raten ein.

Trotzdem, trotz alledem wird sich — wir wagen es zu prophezeien und wollen uns gerne hinterher als schlechte Propheten erweisen — in diesem Reichstage des allgemeinen Wahlrechts keine Mehrheit finden, die den sozialdemokratischen Antrag auch nur für ernsthaft diskutabel hält.

Warum? Weil die Mehrheit dieser vom Volke gewählten Abgeordneten ihr Mandat durch falsche Vorpiegelungen erlöst hat, weil sie das Volk innerlich verachten, dem sie vor den Wahlen so tiefe Büchlinge gemacht haben, weil ihnen im Grunde ihrer Seele das Wahlrecht verhaßt ist, dem sie vor ein paar Monaten in der Volksversammlung den Fahneneid geschworen haben, weil sie sich als Volkvertreter aufspielen, in Wahrheit aber nur Vertreter der herrschenden Klassen sind.

Es wäre so überflüssig wie unnütz, solche falsche Freunde der Volksrechte mit sittlicher Entrüstung zu überschütten. Denn die herrschenden Klassen kämpfen auf Tod und Leben, und da gilt für sie auch nicht einmal der Grundsatz, daß man nicht in fremder Uniform kämpfen darf. Diesem Bekleidungsmanöver macht der sozialdemokratische Antrag ein Ende, und aus dieser schätzenswerthen Aufklärung mag dann das wahlberechtigzte Volk die Erkenntnis schöpfen, daß von seinen 397 Wahlen vom Juni immer noch 316 Fehlwahlen gewesen sind.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 9. Dezember 1902.  
Der Etat.

Der Reichstag ist mit seiner dritten Sitzung in die erste Lesung des Etats eingetreten und hat zunächst einen neuen Minister, dem einen alten Abgeordneten gehört. Freiherr v. Stengel, der als neuer Reichsschatzsekretär die Etatsberatung einleitete, sieht die Finanzlage in trübem Licht. Herr Schäbler, der Etatsredner der „regierenden Partei“, des Zentrums, sieht noch trüber. Aber beide versichern, daß alle Ausgaben auf das Knappste bemessen seien, beide wollen von neuen Steuern nichts wissen, und beide verurtheilen die jetzige Finanzpolitik als ungesund; dann bewilligen sie wieder alle Ausgaben und sind nächstes Jahr wieder enttäuscht, wenn das Defizit, wie diesmal, um 214 Millionen ordentlicher und 59 Millionen Zuschuß-Anleihe gewachsen ist. Herr v. Stengel, der mit dem Ausdruck tiefen Bedauerns über die schlechte Finanzlage begann, priß dann in allen Tonarten seine neu eingebrachte Finanzreformvorlage an. Zwar mußte er zugeben, daß diese Vorlage mit dem Verhältniß von Einnahme und Ausgabe nichts zu thun habe, und daß sie nur die Grundlage für weitere Reformen sei. Welches nun diese Reformen seien, davon kein Wort. Offenbar will er die Chancen der Vorlage, die bekanntlich das Staatsrecht des Reichstages schwer bedroht und die Verantwortlichkeit der Bundesstaaten für die Finanzwirtschaft des Reiches aufhebt, nicht noch durch Ankündigung neuer Steuern verschleiern. So schob er denn die heutigen Nebelstände auf die wirtschaftliche Depression und erwartete alles Heil von dem neuen Zolltarif, dessen Inkrafttreten doch noch völlig ungewiß ist.

So hatte es denn der Abg. Schäbler, der nach dem Freiherrn v. Stengel zu fast dreihundert Ausführungen das Wort ergriff, leicht, die Vor schläge der Regierung zurückzuweisen. Aber Positives wußte auch er nicht zu geben. Mit billigem Spott fiel er über die verschwenderische Marineverwaltung her, die selbst in diesen schlechten Jahren unerträglich sei. Als ob er nicht selbst alle Flottenforderungen bisher bewilligt hätte! Und so muß man seine ganze Kritik der heutigen Reichspolitik auflassen: die Wildheit und Schärfe der Worte vermag die Schwäche der Zentrumsreden nicht vergessen zu machen, man sieht überall unter der Löwenhaut die wahre Gestalt der Zentrumsparthei. Aber die einzelnen Sätze klangen scharf gegen die unsinnige Verschwendung bei der Marine, in den Kolonien; er lehnte mit aller Deutlichkeit die Mehrforderungen, die durch die Gehaltssteigerung der Oberstleutnants hervorgerufen sind, ab. Gegen die Außenpolitik der Regierung, den Zeugniszwang der Presse, die Soldatenmishandlungen, über den Fall Wilke, über den Kautschukprozeß sogar fand er manch treffendes Wort, wenn auch alles in der langen Rede bunt durcheinander ging. Daß er den Wunschzettel des Zentrums, Jesuitengeles und Toleranztantrag, nicht vergaß, ist selbstverständlich. Eine Extratour tangte er auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Was bei bürgerlichen Politikern nur selten geschieht: er tabelte unsere auswärtige Politik und merkte, wenn auch etwas spät, daß Deutschland der Gefahr völliger Isolierung ausgesetzt ist. Rettung von all diesen Uebeln erwartet er von dem Jungbrunnen des christlichen Glaubens, der auch im 20. Jahrhundert Deutschland befruchten wird. Aber er vergaß auch nicht, daß böse Menschen gerne „Sandalgeschichten vom Nilus erfinden“ (?) und so böse Menschen werden sich vielleicht auch nicht auf seinen „Jungbrunnen“ verlassen, sondern bei weltlichen Mächten Hilfe suchen. — Morgen spricht Bebel.

3. Sitzung. Mittags 2 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel, Graf Posa-dowsky, v. Tirpitz, Müller, Frhr. v. Rhein-baben, Kriegsminister v. Einem.

Zunächst verliedet Präsident Graf Ballestrin die am Freitag vollzogene Schriftführerwahl. Danach sind gewählt die Abgg. Gumburg (Kons.), Pauli (Rp.), Krebs (Ztr.), v. Hünefeld (Ztr.), Rimpau (Rp.), Dr. Hermes (Fg.), Bleil (Fg.), Graf Wielzonski (Pole).

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Etats.

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Es ist heute das erste Mal, daß ich die Ehre habe, die Generaldebatte zum Etat einzuleiten. Ich persönlich bedauere es, daß es mir nicht vergönnt ist, mit einem Etat zu debütieren, der einen erfreulicheren Anblick gewährt. (Geisterzeit.) Der Redner wußt zunächst einen Rückblick auf die rechnungsmäßigen Ergebnisse des Jahres 1902 und beschränkt sich, da der Etat für 1902 bereits abgeschlossen vorliegt, auf die Hervorhebung der wichtigsten Punkte. Mein Herr Amtsvorgänger hat den Fehlbetrag für 1902 auf über 30 Mill. geschätzt und die Wirklichkeit hat ihm Recht gegeben. Der Fehlbetrag hat seinen Grund weit mehr im Zurückbleiben der Einnahmen als in Mehrausgaben. Diese beschränken sich auf rund 8 1/2 Millionen Mark, wovon der größte Theil auf die Heeresverwaltung und auf die Verzinsung der Reichsschuld kommt. Bei dem Reichsheer machen sich

namentlich höhere Ausgaben für Naturalverpflegung bemerkbar. Der Einnahmeausfall beruht hauptsächlich auf dem Ausfall bei der Zuckersteuer und beim Bankwesen. Ersterer hat seinen Grund in unvorhergesehenen größeren Ausgaben bei den Zuckerprämien, letzterer in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Der Schatzsekretär geht nun auf die Schätzung der mutmaßlichen Ergebnisse für das Rechnungsjahr 1903 über. Meine Schätzungen beruhen auf den ersten sieben Monaten des Jahres und ich möchte deswegen meine Ziffern nur mit allem Vorbehalt geben und im Voraus Vermuthung einlegen gegen etwaige spätere Vorwürfe zu schwarz oder zu rosig gemalt zu haben. In der Wirtschaft des Reiches dürfte sich neuerdings ein Fehlbetrag von über 20 Mill. Mark ergeben. Dagegen ergibt sich bei den Einnahmen für 1903 ein Fehlbetrag von rund 30–32 Mill. Mark. Diesem Fehlbetrag stehen Mehreinnahmen von 18–20 Mill. gegenüber. Der Schatzsekretär erläutert nun die einzelnen Ziffern des Etats. Bei den Zöllen wird eine Mehreinnahme von über 30 Millionen erwartet, demgegenüber ergibt die Tabaksteuer einen Ausfall von 9 Mill. Mark. Wir kommen nun zum Etat von 1901. Alle Ausgaben sind mit äußerster Sparsamkeit angelegt. Seitens des Bundesrathes und der Regierungen wurden, soweit es irgend anging, alle Bedürfnisse bei allen Verwaltungszweigen eingeschränkt. Aber unter gewisse Grenzen konnte nicht herabgegangen werden, ohne daß das Ganze Schaden erlitten hätte. Demnach wird der Etat leider, wie im vorigen Jahre, nicht ohne Heranziehung der Bundesstaaten zu Matricularbeiträgen und nicht ohne neue Zuschußanleihen abschließen. Die Heranziehung der Bundesstaaten ist bis zum äußersten Maße der Leistungsfähigkeit derselben gegangen. Die Anleihe beträgt 59 Millionen Mark, also weniger als die des Vorjahres von etwa 72 Millionen. Daraus darf nicht geschlossen werden, daß die Reichsschuld kleiner geworden ist. Die beiden Etats von 1903 und 1904 lassen sich überhaupt nicht miteinander vergleichen, so z. B. wurde 1903 der Fehlbetrag dem Ordinarium zur Last gelegt, während er in diesem Jahre auf das Extraordinarium übernommen wurde. Auch in diesem Jahre haben sich die Einnahmen nicht in dem Maße fortentwickelt, als die Ausgaben stiegen. Eine allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter konnte unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in Frage kommen. Eine Ausnahme wurde nur gemacht für die geringst besoldeten Unterbeamten, deren Gehalt von 700 auf 800 Mark erhöht wurde. Die Ausgabensteigerung bei der Marine beträgt nur 13 Mill. und hält sich innerhalb der Grenzen des Flottengefährs. Für das Reichsheer beträgt die Mehrausgabe 3 1/2 Mill. Mark. Bei einem Etat von 600 Mill. ist das kein wesentlicher Betrag. Die Mehrausgabe ist hervorgerufen durch Erhöhung der Gehälter der Oberstleutnants, die bereits im vorigen Jahre vorgeschlagen wurde. Der Betrag der Anleihe beträgt 214 Mill. Mark. Das ist sehr ernst, wenn auch die Knappheit der Finanzen größtentheils durch den Druck veranlaßt ist, unter dem das wirtschaftliche Leben steht. Wir haben auf Grund des Zolltarifs größere Einnahmen zu erwarten. Der Schatzsekretär schließt diesen Theil seiner Rede mit dem Wunsch, daß es nicht so bald wieder notwendig werde, einen Etat zu entwerfen, dessen Bilanzierung nur mit bedenkliehen Mitteln ermöglicht wird. Der Redner geht nunmehr zur Besprechung der Reichsfinanzreform-Vorlage über und giebt zu, daß sie keine ausreichende Bilanzierung im Reichsetat ergebe. Wenn nach dem neuen Zolltarifgesetz die Einnahmen reichlicher fließen werden, können wir zu einer gründlichen Besserung der Reichsfinanzen gelangen. Nach meiner Ueberzeugung beruht unserer mäßige Etatslage vorwiegend auf dem mangelhaften gesetzlichen Einrichtungen. (Sehr richtig rechts.) Der Zweck der Frankenstein'schen Klausel sei nicht erreicht worden. Statt Entschädigungen zu erhalten, mußten die Bundesstaaten schließlich mit Zuschüssen rechnen. Heute wird ohne ernstlichen Zweck zwischen Reich und Bundesstaaten eine halbe Milliarde hin- und hergeschoben. Dadurch wird der Reichshaushaltsetat so verdunkelt, daß dieser Zustand nicht gesund genannt werden kann. Bei Durchsicht des Durcheinanders der Tabellen werden Sie sich fragen, weshalb nicht schon früher die bessernde Hand eingegriffen hat. Mehr als die Hälfte der Reichseinnahmen geht heute zuerst an die Bundesstaaten, wird dann in Form von Matricularbeiträgen wieder zurückgeholt, um den Bedürfnissen des Reiches zu dienen und das alles nur, um dem Reichstage ein konstitutionelles Recht zu wahren (Lebh. Widerspruch links), wozu die Frankenstein'sche Klausel 38 Millionen für ausreichend hielt. (Beifall rechts.) Die Ihnen vorgeschlagene Aenderung will die Klausel nicht beseitigen, sondern nur beschränken. Die Vorlage begrenzt Klarheit im Etat zu schaffen und schließlich habe das deutsche Volk, das die Steuern aufbringe, ein Recht zu verlangen, daß ihm der Etat kein Buch mit sieben Siegeln sei, dessen Verständnis nicht auf wenige Spezialisten beschränkt bleibe. Redner empfiehlt die Annahme der Vorlage, durch die der Frankenstein'schen Klausel neues Leben eingehaucht werde. Der Schatzsekretär spricht sodann die Matricularbeiträge, die in ihrer Form fortbestehen müssen, wobei durch thunlichst hausväterische Wirtschaft im Reich dahin gewirkt werden müsse, daß die Einzelstaaten durch dieselben möglichst wenig belastet werden. Das Erstarken des Reiches sei wesentlich durch das Gedeihen seiner Glieder bedingt. Er hofft, daß in der Kommission eine Verständigung über die Vorlage sich ergeben werde. In einem Theile der Presse seien der Vorlage Tendenzen unterworfen worden, die ihr vollständig fern liegen. Hoffentlich werde man zu einer Verständigung gelangen und damit ein Werk vollbringen, das so



wohl dem Reiche als seinen Gliedern zum Segen gereichen werde. (Bravo! rechts.)

Dr. Schäfer (Z.): Das erste Wort gelte dem deutschen Kaiser, der allen so nahe getreten sei, der eine so hervorragende Stellung im Kreise der Bundesfürsten einnehme, das wir alle an seinem Geschick den innersten Antheil nehmen. Diese Bestürzung zog durch die deutschen Gauen bei der Kunde von seiner Erkrankung. Freudigen Herzens aber haben wir auch von seiner Heilung vernommen und wir stehen zum Himmel, daß auch die letzte Nachwirkung des Leidens bald verschwinde. (Bravo rechts und im Centrum.) Der Redner wendet sich dann der Besprechung der allgemeinen Verhältnisse zu, die ihm nicht im ruhigsten Dichte erscheinen. Der Reichskanzler habe vor Jahren von den Exoratoren gesprochen, die sich einzelne Mächte gestatten. Wir will es scheinen, als ob diese Exoratoren jetzt die Regel werden sollen und sich für uns immer mehr das Gefühl der Isolierung ergebe. Mögen die verbündeten Regierungen Bedacht darauf nehmen, daß wir nicht zu Mauerblümchen werden. Was den Etat anlangt, bedauern wir, daß wieder eine Zuschußanleihe von 50 Millionen notwendig ist. Uebertriebene Forderungen bringt der Etat nicht, trotzdem wird so manche Position des Staats kaum bestehen können. Wenn auch gegen die Besserstellung der Unteroffiziere unsererzeit kein Einspruch erhoben werden wird angesichts der Anforderungen, die der krasse Dienst an sie stellt, so müssen wir uns doch wundern, daß man trotz der Ablehnung im vorigen Jahre die Erhöhung der Gehälter für 180 Oberleutnants wieder beantragt hat. Neue Gründe für diese Forderung sind nicht genannt. Die Gegengründe sind noch verstärkt dadurch, daß wir vor einer Verlangung des Quinquennats stehen. Gegen die Erhöhung der Gehälter für die geringst besoldeten Unterbeamten werden wir nicht einzumenden haben, ebensowenig gegen die Erhöhung der Beihilfe für die Veteranen, die für das Vaterland gekämpft haben. Um Mittel für diesen Zweck zu finden, scheue ich mich nicht, mich auf den Boden der Wehrsteuer zu begeben. Dagegen werden wir uns entschieden gegen die sogenannten Disarmierungszulagen wenden. (Bravo im Centrum.) An der vorläufigen Aufstellung des Staats haushalts natürlich das Reichsmarineamt nicht theilhaftig. (Kriegsminister von Sinein, der neben Herrn v. Tirpitz sitzt, lacht laut auf. Große Heiterkeit.) Für die Marine scheint es überhaupt keine schlechte Finanzlage zu geben. (Erneute Heiterkeit.) Die Beiträge für die Schiffbauarbeiten sind wieder gestiegen, obwohl das Material, Bauplätze und Maschinen billiger geworden ist. Die Ausgaben für Klaustrungen müssen beschränkt werden, auch die Ausgaben im öffentlichen Etat geben zu Bedenken Anlaß. Jeder Mann in Uniform kostet uns pro Jahr circa 600 Mark. (Sehr richtig! im Centrum.) Das auswärtige Amt hat uns bereits im Vorjahre eine Entlastung verschaffen, statt dessen hat eine Vermehrung der Ausgaben Platz gegriffen. Die Reichsgeldnoten haben sich in den letzten fünf Jahren in erschreckender Weise vermehrt. Die Weltpolitik kostet uns schon 50 Millionen und da scheint es angebracht, einzuhaken. (Zustimmung im Centrum.)

So kann es nicht weiter gehen. Die Zuschußanleihe wird von uns keineswegs in solcher Höhe bewilligt werden, in der sie angefordert ist. Der Redner geht nun zur Besprechung der Reichsfinanzreform über, die ihm nicht gefallen habe. Die gute Absicht sei nicht zu verkennen, allein mit der systematischen Schuldentalgung habe es noch gute Wege, so lange wir keine Ueberwälzung haben. Wir müssen da auf den neuen Zolltarif warten, von dem man nichts sieht und hört. Wenn sich aber die Finanzlage, dann sagen wir die Schuldentilgung auch ohne Finanzreform (Heiterkeit). Weniger gefällt mir die Aufhebung der Grenzsteuern zwischen Staaten. Die letzte Reform gleich der von 1893 wie am Et dem ändern. Wenn der Schatzkanzler vom Volke gesprochen hat, dem der Etat nicht verdankt werden dürfte, so weiß ich ganz genau, daß das Volk ein größeres Interesse hat an den Steuern, als an einem durchgehenden Etat. (Heiterkeit und sehr richtig.) War die Finanzreform überhaupt bei 40 Mill. notwendig, so ist sie heute bei 900 Mill. noch notwendiger. (Sehr Zustimmung im Centr.) Formell wird sie in der Vorlage nicht befürwortet, wohl aber materiell. Pflicht und Güter klein, aber der Weg wird ausgetreten bis auf einen Anhangsabschnitt. (Heiterkeit.) Diese Reform befreit den letzten Rest von Verantwortlichkeit der Bundesstaaten für die Finanzwirtschaft des Reiches. Das Selbstbewußtsein zwischen den Einzelstaaten und dem Reiche muß erhalten, ja gestärkt werden, denn es ist das Gefühl weiser Kreise, daß die unangenehme Finanzlage des Reiches unverantwortlich worden ist durch die allzu große Nachgiebigkeit der einzelstaatlichen Finanzminister bei der Bewilligung der Ausgaben. Die Vorlage ist eine lex imperfecta. Die Mittelungen des Finanzministers von Sinein über die Finanzministerkonferenz waren ein offenes Bekenntnis, das der Vorlage nicht zum Vortheil gereicht hat. (Heiterkeit.) Er hat gesagt, eine Finanzreform sei ohne neue Einkommenquellen nicht möglich. (Hör! Hör!) Sei nur auf dem Gebiete indirekten Steuern möglich. Die Einzelstaaten haben schon jetzt Jahre gelehen, in denen sie ganz schöne Ueberwälte aus den Ueberwälzungen erhalten. Ich wundere mich, daß die Finanzminister der Einzelstaaten auf die Vorlage nicht eingegangen sind. Sollern im Hintergrund gewisse Pläne inskammern, die sie immer und vermalen, auf alles im Vordergrunde zu verzichten. (Hör! Hör!) Das wäre noch gefährlicher und mühe uns nicht zu machen. Wir haben aus den vorgebrachten Gründen die ihrigen Bedenken gegen die Vorlage. Der Redner erinnert an das Wort Bismarcks: „Den preussischen Beamten lauten Sie uns nicht nachmachen.“ Dieses Wort müßte nach der Weiser Verhandlung über Bülows Roman „Aus einer kleinen Garajon“ eine bedeutende Einschränkung erfahren. Der Redner bezieht die Einzelheiten der Verhandlung, die die Angaben des Romans zum größten Theil bestätigt hat. Sollen diese Zustände nur im Fortschreiten? Ich möchte nicht verallgemeinern. Gerade der Stand, dem ich angehört, läßt unter Verallgemeinerung. Eine gewisse Presse mag sich das Vergnügen, Schandale über den Kaiser zu erheben, (Lachen bei den Geg.) ja zu erheben. (Sehr Lachen links) und nicht zu unterlassen, wenn die Unvorsicht nachgewiesen wird. (Beifall im Centrum.) Redner erinnert an den „Kammler“-Prozess und meint, daß und anderes müge, wie halbes die Schenkung sei, daß solche Dinge nur im kleinen Garajon erregten. Seit dem Eisenberg-Prozess kann nicht so viele Verleumdungen in einer Zeit zusammengebracht werden. Es handle sich um die Verurteilung eines ganzen Offizierskorps. Ein Offizier sei auf das deutsche Heer geschossen. Sollte nicht die Zeit für innere Reformen gekommen sein? Es seien die Symptome einer inneren Krankheit und nichts wäre gefährlicher als der Versuch, zu verdrängen. Es handle sich um einen inneren Schaden und um einen inneren Schaden. Aber das genügt nicht. Bei den Dingen mache sich deutlich ein gewisser Selbstvertrauen geltend. Nach dem Eisenberg-Prozess könne nicht von einer beherrschten Lage die Rede sein. Der Schicksal, der Schicksal, der Dasein und der Arbeiter in der Welt haben gerade so sehr und ein Beispiel von solcher Größe, wie im

Fortbach wäre eine Beleidigung für sie. Seit Monaten sind die Dinge in Fortbach vorgekommen und man fragt sich: wie war so etwas möglich in einer Grenzgarнизон unter einem als sehr bekannten Truppenführer? Eine große Beunruhigung geht durch das deutsche Volk. Bei den fortgesetzten Berichten über Verhandlungen wegen Soldatenmishandlungen ist dies erklärlich. Unser Heer ist kein Prätorianerheer, sondern unseres Volkes eigenes Blut, sein Vieh, seine Söhne. Bei den großen Opfern, die das Volk für die Armee bringen muß, verlangt es, daß seine Söhne im Waffenrock anständig und human behandelt werden und nicht Objekte von Verbaljurien und raffiniert ausgeklügelten Mishandlungen seien. Denn darum handelt es sich, nicht um Uebereilungen, nicht um die brutale That einer einzelnen Verbredernatur. Der Redner regt eine statische Untersuchung der Mishandlungsfälle an. In der öffentlichen Behandlung derartiger Fälle werde dem Vaterlande ein Dienst erwiesen, wenn man nicht annehmen will, daß diese Mishandlungen die notwendige Folge unseres Heerwesens und das System völlig verwerflich sei. Redner beipricht nun ausführlich mehrere Fälle von Soldatenmishandlungen, so den Fall Breidenbach, und fährt dann fort: Früher wurde uns der Rath gegeben, Beschwerden von Soldaten über Mishandlungen der vorgehenden Militärbehörde zur Prüfung zu übergeben, der Berichterstatter Nehmen aber wurde verhalten, weil er den Namen eines Beschwerdeführers nicht nennen wollte. Redner empfiehlt der Regierung die Vorschläge der Sozialdemokraten in der bayerischen Kammer zur Ausrottung der Soldatenmishandlungen zur Kenntnisaufnahme. Es liegt im Interesse der Armee und des Volkes, daß die Mishandlungen beseitigt werden. Redner fordert die Regierung auf, Alles aufzubieten, damit endlich die Handelsherrn auf Grund des neuen Zolltarifs zum Wohle der hart bedrängten Landwirtschaft abgeschlossen werden. Er verlangt ferner Verminderung der Kosten für die Fleischbeschau, Verminderung der Einquartierungs-kosten für die Landwirtschaft, Regelung der Frage des Befähigungsnachweises für die Handwerker, und stellt die bekannnten sozialpolitischen Forderungen des Centrums. Er warnt die Regierung, sich auf das Glattsteis von Ausnahmefällen führen zu lassen, insbesondere angesichts der drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen. So betrübend das ist, so helfen doch Ausnahmefälle dagegen nichts. Die Thronrede wirft von dem friedlichen Ausgleich der Gegensätze. Wie aber behandelt uns der Bundesrath? Doch immer noch keine Diäten bewilligt. Im alten Reichstag wollte man nicht daran gehen. Nun ist der neue Reichstag da, aber über allen Gipfeln ist Ruh. Ebenso lange ruhen im Schoße des Bundesraths eine ganze Reihe weiterer Vorlagen. Ich weiß nicht, ob es noch lange dauern wird, bis der Reichstag Vorlagen der Regierung gegenüber sich auf den gleichen Standpunkt zurückziehen wird. (Lebhafte Bravo im Centrum.) Die Disarmierungszulage lehnen wir ab. Bei der Frage der politischen Adressen wurde gesagt, das gehört nicht in den Reichstag und jetzt bringt die Regierung selbst uns Voten mitten in den Reichstag hinein. Wir sehen in diesen Zulagen die Sanctionirung der preussischen Außenpolitik, die wir für durchaus verwerflich halten. Selbst der nationalliberale Abg. Hübner gab im Abgeordnetenhaus zu, daß diese Zulagen nur den Strebern zu Gute kommen. Im Sinne einer Ausgleichung der Gegensätze wäre es weiter erforderlich, die Reichslande den übrigen Staaten gleichzustellen, besonders muß der Wust napoleonischer Verordnungen beseitigt werden, der immer wieder hervorgehoben wird, wenn etwas der Regierung gegen den Strich geht. Gegen die Verkümmern der Religionsfreiheit richtet sich unser Toleranzantrag. In gleicher Richtung bewegt sich der Antrag auf Aufhebung des Ausnahmefalles gegen die Jesuiten. Redner protestirt weiter energisch gegen die Aeußerung des Staatsanwalts Dr. Müller im Schwedischprozess, die Geschworenen möchten nicht auf die Leine hören, die Meinend auf Weineid häufen zu Wannen glauben und nachher bei ihren Enthüllungen beistimmen. Man dürfe erwarten, daß ein Staatsanwalt in Berlin wenigstens nicht ganz unwissend sei über die Gebräuche der katholischen Kirche. Für das Bestehen des Herrn Dr. Müller gebe es nur einen Ausbruch, der aber nicht parlamentarisch sei. Sehr wenig freundlich sind auch die neuerdings häufigen Verhaftungen auf Grund des Zeugniszwangsverfahrens. Wenn weiter beim Militärgericht Vergehen von Soldaten in schärfer Weise, solche von Vorgesetzten dagegen sehr milde beurteilt werden, wenn in Breslau streifende Arbeiter wegen unvorsichtiger Aeußerungen gegenüber Arbeitwilligen bis zu 1 1/2 Jahren Gefängnis erhalten, ein Automobilist aber, der einen Straßensassanten zu Tode fährt, nur eine Woche Gefängnis, - so trägt das nicht dazu bei, den Glauben an die Gerechtigkeit vor dem Gesetz im Volke zu verbreiten. Redner schließt mit der Hoffnung, daß der Jungbrunnen des Christenthums auch im 20. Jahrhundert Deutschland aufs Neue besprützen werde. (Bravo! im Centrum.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Schriftführerwahlen haben ergeben, daß die Kandidaten der bürgerlichen Parteien 29 bis 278 Stimmen bekommen haben, während von den sozialdemokratischen Kandidaten Schippel 103, Fischer-Berlin nur 99 Stimmen erhielt.

### Ballische Handpost.

#### Preussland.

Der Senatorenkonvent des Reichstages hielt am Mittwoch vor der Plenarsitzung eine kurze Besprechung ab. Der Präsident Graf Ballestrem begrüßte die Erschienenen und stellte mit, daß er auf höchstens 9 Sitzungstage vor Weihnachten noch rechen; als spätesten Schlußtag der Verhandlungen bezeichnet er Freitag den 18. Dezember. Bis dahin wären zu erledigen, 1. die erste Lesung des Entw. und 2. das Gasbeschwerens mit Gaslack. Der Abgeordnete Dr. Müller-Sagan (FSp.) regte an, die Behandlung der Initiativanträge in der Höhe zu ändern, daß die Priorität nicht mehr an den Termin der Einlage gebunden sei, sondern, daß die Folge der Reihenfolge und deren Präzedenz für die Tagesordnung maßgebend sein solle. Der Antrag fand wohlwollende Aufnahme. Graf Ballestrem bemerkte, daß es dazu jedoch erst einer Änderung der Geschäftsordnung bedürfte.

Die Nationalliberalen haben im Reichstage mehrere Anträge eingebracht. Davon ist ein Antrag Bed, Käsig, Dr. Pieber: „Der Reichstag wolle beschließen: die veränderten Regierungen zu erheben, dem Reichstag behält ein Gesetzentwurf vorzulegen, welcher das Vereins- und Versammlungsrecht für alle Bundesstaaten einheitlich absetzt, jedoch dasselbe nicht schon durch das bürgerliche Gesetzbuch betreffen wird.“ - Der Antrag enthält eine Forderung der Sozialdemokratie.

Wenn die Nationalliberalen die Angelegenheit aufnehmen, so könnte es den Anschein gewinnen, als wenn diese sich den Schutz des Vereins- und Versammlungsrechts besonders angelegen sein ließen. Daß das nicht richtig ist, beweist das Verhalten der Nationalliberalen in allen konkreten Fällen, wo sie stets auf die Seite der Reaktionsäre treten. Das zeigt auch das Verhalten der bürgerlichen Presse zu den unerbörten Maßnahmen der Behörden gegenüber dem Criminalkammer Streik. Nicht ein einziges nationalliberales Blatt hat bisher seine Stimme erhoben gegen die völlige Aufhebung des Versammlungs- und des Koalitionsrechts für die Criminalkammer Ausgesperrten.

Die Mascherolle zwischen Centrum und Regierung hat, wie bei den Zollverhandlungen, so auch im neuen Reichstage der Reichsgerichtsrath Spahn (Z) thatsächlich übernommen. Auch am Mittwoch hatte er, wie mehrfach bemerkt wurde, vor Beginn der Sitzung eine Unterredung mit dem Chef der Reichskanzlei Geheimrath v. Conrad.

Zu Vorsitzenden der sieben Abteilungen des Reichstages sind gewählt worden: Für die 1. Abteilung statt des Fürsten zu Innhausen und Knyphausen (Konf.) das Mitglied der Reichspartei Abgeordneter v. Karbors (früher war F. hr. v. Stamm immer präsentiert worden), für die 2. Abteilung der Abg. Uner (Soz.-Dem.), ferner die Abgg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp., 3. Abth.), Graf v. Kanitz (Konf., 4. Abth.), Graf v. Gompesch (Fr., 5. Abth.), Dr. Bockenhorn (natl., 6. Abth.) und Frhr. v. Hertling (Centr., 7. Abth.). Zu Stellvertretern wurden gewählt die Abgg. Træger (fr. Sp.), Dr. Mintelen (Centr.), Singer (Soz.-Rebel (Soz.), v. Staudy (Konf.), v. Czarkinski (Pole) und Sieg (natlib.).

Parlamentarisches. Im Reichstage ging eine Interpellation der Sozialdemokraten wegen Verbreitung der Wurkrankheit. Dem Reichstage ging ferner ein Antrag Kettich und Genossen zu, die verbündeten Regierungen um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs über das Ausverkaufswesen zu ersuchen, wodurch die Anmeldepflicht für alle Ausverkäufe festgesetzt und die Veranstaltung von Scheinausverkäufen und Nachschub von Waaren zum Ausverkauf unter Strafe gestellt werden.

Ueber die Vertretung berechtigter Interessen durch die Presse hat Dienstag das Berliner Landgericht ein bemerkenswerthes Urtheil gefällt. In einem Beleidigungsprozess, den der Oberst a. D. Gaedke gegen den Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ Dr. Kropatschek angestrengt hatte, war seinerzeit, wie damals von uns auch gemeldet wurde, der Kläger abgewiesen worden. Gaedke hatte im „B. Tg.“ in Anknüpfung an den serbischen Königsmord Betrachtungen über den Treueid der Offiziere angestellt, denen Dr. Kropatschek in der „Kreuzzeitung“ in einer Form entgegengetreten war, durch die sich Gaedke verletzt fühlte. In der Verhandlung vor der Berufungsinstanz am Dienstag wurde das Urtheil des Schöffengerichts bestätigt und Dr. K. wieder freigesprochen. Was uns an der Sache hauptsächlich interessiert, ist nicht der persönliche Streit der beiden Herren, sondern folgender Passus der Urtheilsbegründung: „Der Privatkläger sei mit seinem Artikel in die breite Öffentlichkeit hinausgetreten, und der Angeklagte habe als Landwehroffizier und Redakteur das Recht gehabt, auf solche öffentliche Erörterung einer brennenden Frage öffentlich zu antworten. Sonst hätte die Presse gar keine Bedeutung mehr.“ - Das hat sich wieder einmal ein deutsches Gericht gefaßt, das im Gegensatz zu der üblichen Praxis unserer Rechtsprechung ein Recht der Presse anerkennt, brennende Tagesfragen zu beleuchten und zu erörtern, und der Presse bei solcher Kritik den Schutz des § 193 zubilligt. Hoffentlich erfährt das Beispiel allgemeine Nachahmung und kommt dann auch solchen Redakteuren zugute, die ihre Wisitenkarte nicht mit dem Titel „Reserveleutnant“ schmücken können.

Wiederum ist ein Opfer dem Zarismus in die Hände gefallen. In dem Dorfe Weirischen, gegenüber dem preussischen Grenzübergang bei Bösketten, sind Brotschreier beschlagnahmt worden. Auch hat man einen Feltz Petrovitch verhaftet, der Zeitungen und Bücher über die Grenze gebracht haben soll. Dieser Mann wird nun wohl denselben Weg wandern müssen, den alle Freiheitshelden, die das russische, schwergeladene Volk aus dem Joch erlösen wollten, haben wandern müssen, denn wenn die russische „Justiz“ einmal in ihren Krallen hat, den läßt sie so leicht nicht los. Tausende und Abertausende sind schon nach Sibirien gebracht worden, doch die Aufklärungsarbeit des russischen Volkes wird immer größer, immer intensiver betrieben, so daß erst doch der brutale Zarismus dem vorwärts nach Freiheit und Licht strebenden Proletariat weichen wird. Ein Opfer fällt und zehn andere füllen dessen Lücke aus. Trost alldem!

Kleine politische Nachrichten. Die Weihnachtstferien des Reichstages werden vom 18. Dezember d. Js. bis zum 12. Januar 1904 dauern. - Als gemeinamer Kandidat des Centrums und der Welfen für die Reichstagsersatzwahl in Dsnabrad wird jetzt mit Bestimmtheit der Landgerichtsdirektor v. Hugo in Hedingen, ein geborener Östbrieder, genannt. - Das neue Militärpensionsgesetz ist jetzt an den Bundesrath gegangen und kommt erst dort zur endgültigen Verabschiedung für den Reichstag. - Der Reichskanzler empfängt nach offiziellen Blättern am 13. d. M. eine Deputation, die ihm die vom Ersten Deutschen Arbeiterkongress zu Frankfurt a. M. Ende Oktober gefaßten Beschlüsse betr. Einrichtung von Arbeitskammern, Anerkennung der Berufsvereine und Sicherung des Koalitionsrechts überreichen wird. - Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Prof. Friedberg beabsichtigt nach der Nationaltag. mit Ablauf des Wintersemesters seine Lehrtätigkeit an der Universität Halle einzustellen, um sich ganz der Politik zu widmen. - Der Nacht 11 Uhr-Ladenschluß wird innerhalb der Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg und Schöneberg für die offenen Verkaufsstellen der Rahnmaichnenbranche vom 1. Januar 1904 ab eingeführt. - Das Kriegsgericht in Frankfurt a. O. vernurtheilte den Oberleutnant v. Götz und Schwannenfließ wegen schwerer Urkundenfälschung zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus. - Die europäische Fahrplan-Konferenz hat Mittwoch Vormittag in Stuttgart unter Leitung des Staatsraths Balz begonnen. Alle europäischen Staaten außer Spanien, Portugal und Serbien sind vertreten, Deutschland durch 74 Delegirte. Für die gemeinsame Hauptkonferenz liegen zwei Anträge betreffs des nächsten Kongressortes und der Ausgabezeit der Fahrpläne vor; für die Gruppenkonferenzen liegen 30



Einzelanträge vor. — In der französischen bona-partistischen Partei ist eine Spaltung eingetreten. Der Deputierte Marquis de Dion und einige andere Politiker, die bisher als Imperialisten galten, haben eine Partei gegründet, die für die Republik mit einem Konsul an der Spitze Propaganda machen will. Als Kandidat für den Posten des Konsuls wird Prinz Viktor Napoleon betrachtet. Zwischen Cassagnac und den Gründern dieser Partei ist ein lebhafter Zeitungskrieg entbrannt. — Lord Roberts beabsichtigt, wegen Unzulänglichkeiten mit dem Kabinett am Schluss des Jahres sein Amt als Generalissimus der englischen Armee niederzulegen. — Der serbische Finanzminister Radomanowitsch hat sein Entlassungsgesuch zurückgezogen. — Ein neuer Mahdi war im Sudan aufgetaucht. Nach Londoner Blättern haben die Engländer von Hartum aus Truppen gegen ihn entsandt, die den Mahdi fingen und aufhingen. — Hottentotten überfielen die Besitzung eines Farmers, der im Burenkrieg in den Reihen der Kaprebellten gekämpft hatte, nördlich von Orange-Fluss, umzingelten das Wohnhaus und beschossen es; dabei wurde der Sohn des Farmers schwer verwundet. — Zwischen Rußland und Japan hat nach englischen Meldungen eine Verständigung bezüglich Korea stattgefunden.

#### Dänemark.

Der Folkething nahm Mittwoch mit 70 gegen eine Stimme den Gesetzesentwurf an, durch welchen die Reichstagsdiäten für die ersten sechs Monate der Session von 6 auf 10 Kronen täglich erhöht werden, während sie für die übrige Zeit 6 Kronen, wie bisher, betragen sollen. Die Rechte entschied sich der Abstimmung.

#### Norwegen.

Kein Frauenstimmrecht! Der Storting verwarf Mittwoch einstimmig die Vorlage betreffend Einführung des staatsbürgerlichen Wahlrechts für Frauen. Der Präsident verlas vor der Abstimmung ein Schreiben des Frauenwahlrechtsvereins, in dem die Hoffnung auf Annahme der Vorlage ausgesprochen wurde.

#### Vereinigte Staaten.

Die Botschaft, die Präsident an den Montag eröffneten Kongreß der Ver. Staaten gerichtet hat, sieht schon ganz im Zeichen der kommenden Wahlen. Demnach ist sie optimistisch gestimmt: die Republikaner sind am Ruder, wollen am Ruder bleiben und können deshalb nicht anders, als von dem Gange der Ereignisse höchst befriedigt sein. Inoffiziell gibt es doch einige weniger lichte Punkte, auf deren Erörterung die öffentliche Stimme mit Heftigkeit hindrängt. Da sind vor allem die Trusts. Roosevelt weist in seiner Botschaft darauf hin, daß eine neue Ministerialabteilung zum Studium der Kartellierungen im Unternehmertum gegründet worden sei. Obgleich dieses Ressort seiner Idee nach unzweifelhaft der skrupellosen Politik der großen Kartellisten einen Damm setzen soll, vergaß Roosevelt doch nicht hinzuzufügen, daß dadurch „der vollsten Freiheit des legalen Geschäfts“ keineswegs Einbuße in den Weg geleitet werden sollte; ein Kompliment für die wohlthätigen Wirkungen vor Trusts gab es noch außerdem. Sehr erklärlich. Roosevelt mag als ehrenhafter Mann über die Methoden gewisser großer Trusts noch so scharf denken, er möchte sich vor seiner Präsidentschaft über sie noch so abfällig äußern, als Oberhaupt der republikanischen Partei darf er das nicht thun, denn die Trusts stützen sich auf diese Partei und der große „Bog“ der Republikaner, der Präsidentenmacher Hanna, gut als Vertreter der Trustsinteressen. Mit Hanna hat sich Roosevelt eben verfeindet; der Senke der Parteilichkeit hat es „aus Gesundheitsrücksichten“ abgelehnt, Vorsitzender des republikanischen Nationalkongresses zu werden, auf dem Roosevelt zum Präsidentschaftskandidaten nominirt zu werden hofft. Zwar bestreitet Hanna, daß er selber Kandidat werden wolle, aber man versteht, daß Roosevelt den Trusts lieber mit „andauernder Wachsamkeit“ als mit positiven Vorschriften zu Leibe gehen will. In der Botschaft ist die Unantastbarkeit der Währung außer Frage. Der Einkommensteuervertrag, der im vorigen Jahre noch über 54 Mill. Doll. betrug, wird im laufenden Jahre nach Roosevelts Angabe sehr gering sein; er empfiehlt deshalb größte Sparsamkeit und läßt gleichzeitig — die Kriegsflotte durch den Bau weiterer Schiffe zu vermehren. Ganz wie bei uns. Denn der Weltfrieden hat zwar, nach Roosevelts, die allerbesten Aussichten, nur wird seine Herrschaft noch nicht sogleich anbrechen, weshalb es nöthig ist, sich zu rüsten. Die Panamafrage erwähnt die Botschaft am Schluß. Roosevelt erklärt, er würde ein Verbrechen gegen die Nation begangen haben, wenn er anders gehandelt hätte, als er es gethan hat. Es ist wohl auch nicht zweifelhaft, daß die Mehrheit des Volkes dem Präsidenten für sein Vorgehen in Panama Entlastung ertheilen wird.

### Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 10. Dezember.

Eine große Vorführung lebender Photographien und Lichtbilder ist seitens des Sozialdemokratischen Vereins für heute, morgen und Sonnabend Abend im Vereinssaal arrangirt. Wir weisen hiermit nochmals auf dieses Arrangement hin, mit dem Bemerkten, daß der billige Preis von 20 Pf. pro Abend jedem Genossen den Besuch ermöglichen dürfte.

An die Frauen! Weihnachten kommt heran und damit die Zeit, wo auch der Arme, sofern er nur wenige Groschen erübrigen kann, einige Einläufe macht. Der Mann kauft für die Frau, die Frau für den Mann, beide gemeinsam für die Kinder. Eine große Zahl statlicher Geschäfte harriert den Kunden. Auch das feinste Geschäft verkauft sehr gern an das Arbeiterpublikum und an alle wendet sich daher der Kaufmann, theils durch das anlockende Schaufenster, theils durch Inserate und andere Mittel mit der Bitte, bei ihm und nicht beim Konkurrenten zu kaufen. Selbstverständlich wird und soll die Arbeiterfrau, wie die Käuferin aus der Arbeiterschaft, nur dort ihren Bedarf decken, wo die Waaren am besten und billigsten zu haben sind. Nun aber unterscheiden sich Güte und Preis der Waaren nur sehr selten, ob sie nun bei dem Kaufmann oder bei dem andern gekauft werden. Zu welchen Geschäften soll man dann gehen? Auf diese Frage antworten wir: Kauft nur in denjenigen Geschäften, die in dem „Lübecker Volksboten“ inserieren!

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Wir Sozialdemokraten

sollen bei allem, was wir thun, stets das Interesse unserer Partei im Auge halten und dazu gehört auch unser Blatt. Wer von den Geschäftsleuten sich noch für zu gut hält, um in unserm Blatte zu inserieren, oder wer auch als Geschäftsmann den Politiker herausstecht, der sollte auch von Sozialdemokraten nicht belästigt werden. Unsere Grobchen möchten sie wohl ganz gerne einstecken, doch von dieser angenehmen Beschäftigung sollten wir diese Geschäftsleute endgültig entbinden.

Der 8 Uhr-Ladenstluß ist unstreitig eine äußerst segensreiche Einrichtung, nur müßte er auch allen beteiligten Kreisen zu Gute kommen. Leider ist das heute für einen nicht geringen Theil der Handarbeiter nicht der Fall. Wenn man Abends nach 8 Uhr hiesige Geschäftsstraßen passiert, dann kann man recht häufig beobachten, wie trotz des 8 Uhr-Ladenstchlusses in den hinteren Geschäftsräumlichkeiten noch gearbeitet wird. Dieses Nacharbeiten, das nebenbei bemerkt nicht bezahlt wird, währt manchmal bis nach 9 Uhr. Ferner versuchen manche Leute die Verordnung dadurch zu umgehen, daß sie ihre Hausdiener kurz vor 8 Uhr noch mit mehreren Paketen, die an demselben Abend besorgt werden müssen, fortgeschicken. Handelt es sich hierbei — was gewiß nicht zu den Seltenheiten gehört — um weitere Wege, dann kommt der Angestellte, zu dessen Schutz man doch angeblich auch den früheren Ladenstluß eingeführt hat, nicht vor 10 Uhr nach Hause. Hier muß seitens der Polizeivorgänge energischer als bisher vorgegangen werden, damit auch den bei fargem Lohn um ihre Existenz ringenden Handarbeitern die Segnungen des 8 Uhr-Ladenstchlusses theilhaftig werden. — Uebrigens liegen die Verhältnisse auch, wie auch unfernerorts schon mehrfach hervorgehoben worden ist, bei der Sonntagsruhe. In leider nur allzu vielen Fällen müssen die Handelsarbeiter während der Kirchzeit durcharbeiten resp. Wege besorgen. Fast ebenso häufig müssen sie Sonntags Nachmittags noch nach dem Ladenstluß auf die Vernehmung des Profites ihres Arbeitgebers bedacht sein. Auch hier würde es sich empfehlen, wenn das Auge des Gesetzes etwas schärfer als bisher über die Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen wachen würde. An der genügenden Zahl von „Hütern der Ordnung“ fehlt es in Lübeck doch sicherlich nicht!

Achtung Schlachter! Wegen der Zugehörigkeit zum Verband sind in Preetz (Holstein) zwischen den dortigen Kollegen und der Junung Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Ist ein strenger Winter zu erwarten? Die Frage möchte jeder gern beantwortet haben. Zu allen Zeiten hat man aus allen Anzeichen auf einen milden oder strengen Winter schließen wollen, z. B. aus dem frühen oder späten Abzug der Zugvögel. Das war aber kein sicheres Zeichen und es trat oft genug das Gegenheil ein. Neuerdings wird die Frage nach der Art des kommenden Winters wie folgt behandelt: „Wenn sich die auf lange fortgesetzte Beobachtungen gestützte Annahme bewährt, daß die Periode der Klima- und Temperaturschwankungen mit derjenigen der Sonnenproben (und Flecke) übereinstimmt, dann hätten wir in diesem Jahre einen Winter zu erwarten, der dem vom Jahre 1870 und 1871 ähnlich wäre; der aber war sehr streng. Denn im Winter 1870-71 sank das Thermometer im Dezember an 25, im Januar an 28, im Februar an 16 und im März an 9 Tagen unter den Gefrierpunkt, wobei es in manchen Gegenden so weit über die Nulllinie sank.“ — Wir wollen nur hoffen, daß die Annahme nicht zutrifft. Späht an solchem Winter haben nur diejenigen, die in feinen Stagen, Häusern mit Doppelfenstern, Zentralheizungen und Dauerbrandöfen wohnen, die durch die vorzügliche Nahrung auch innen kräftig einheizen, prachtvolle Schlittenpartien machen und nach deren Beendigung ihren „gesellschaftlichen Verpflichtungen“ nachkommen. Für das Volk, das mit der Kohle tauern und durch schweres Arbeiten sich Hitze schaffen muß, dessen Kraft im Innern nur stopt, aber nicht heizt, bedeutet ein strenger Winter Noth und Schmalhans Küchenmeister. Alle Arbeit im freien Feld und das Heer der Arbeitslosen schwillt an.

Soll man Kinder zwingen, alles zu essen? Diese Frage, so schreibt die Wiener Halbmonatsschrift für Kinderpflege und Erziehung „Unser Kind“, hat schon mancher Mutter das Herz schwer gemacht und manchen Vater in unnötige Aufregung versetzt. Der Unfug, jemanden zum Essen zu zwingen, wird bei uns namentlich Kindern gegenüber getrieben. Gerade diese sind es, die oft genug ihre Gesundheit dem unsinnigen Vorurteil der Eltern das Kind solle essen, was auf den Tisch kommt, zum Opfer bringen müssen; es wäre das noch viel häufiger der Fall, wenn nicht der kindliche Magen in den meisten Fällen, wo gegen dieses Naturgesetz gesündigt wird, revoltierte und das Unvernünftige wieder hinausbespöckelte. Den Kindern gegenüber sollte folgende Praxis eingehalten werden: Man soll sie nie zwingen, mit einer Speise, die ihnen widersteht, ihren Magen zu füllen, beziehungsweise ihren Hunger zu stillen, wohl aber soll man jedesmal den Versuch machen, das Kind an die Nahrung zu gewöhnen. Dieser Prozeß verlangt nicht das Essen größerer Quantitäten derselben Nahrung; es genügt hierzu vollständig das bloße Kosten. Der Satz: „Das Kind soll essen, was auf den Tisch kommt“, ist dahin abzuändern, „das Kind soll von allem kosten, was auf den Tisch kommt, aber seinen Hunger nur mit dem stillen, was ihm schmeckt.“ Manche Hausfrau wird einwerfen, es sei namentlich in einer größeren Familie, praktisch undurchführbar, dem persönlichen Geschmack jedes einzelnen Tischgenossen Rechnung zu tragen, man kann nicht jedem besonders kochen. Der Einwand ist nicht ganz stichhaltig. Denn es macht einer Hausfrau keine besondere Mühe, wenn sie bei jedem Mittagstisch neben den besonders gefochten Speisen noch Brod, Butter, Obst, Ei und Milch aufstellt oder wenigstens bereithält. Das sind Speisen, welche die meisten Kinder sehr gern essen. In sehr vielen Fällen, in denen man Kinder, besonders die größeren, zum Essen noch besonders zwingen muß, ist gemächlich dadurch gesündigt worden, daß man das zweite Frühstück zu reichlich gewährte. Wer seine Kinder von früh an in allem, so auch in der Nahrungsaufnahme, an Ordnung gewöhnt, vor allem nur zu ganz bestimmten Zeiten Kost reicht, der wird selten in die Lage kommen, auf seine Kinder einen Zwang ausüben zu müssen, wenn es zum Essen geht; die geleerten Teller und Schüsseln sagen dann der glückselig dreinschauenden Mutter, daß der Appetit ihrer Lieblinge vorzüglich ist und daß ihre Kinder alles vertragen.

Die Errichtung einer Landwirtschaftskammer ist nunmehr, nachdem der Plan einer gemeinsamen Kammer im Fürstenthum und Freistaat Lübeck an dem Widerstand der Agrarier gescheitert ist, für den Lübedischen Freistaat in Aussicht genommen. Wann tritt man endlich einmal in Lübeck dem Gedanken der Errichtung einer Arbeitskammer näher?

Eine Einführungsgeschichte, die sehr iabelhaft klingt, beschäftigt gegenwärtig die Behörden. Am 2. Volksfesttage gab hier eine kleine Zirkustruppe Vorstellungen. Ein 17 Jahre altes Mädchen wurde angeblich von dem Zirkusdirektor beauftragt, auf seine Kinder zu achten. Als die

Vorstellungen und das Fest vorbei waren, will das Mädchen in dem Wohnwagen eingeschlossen und fortgeführt sein. Sie ist dann ihrer Behauptung zufolge zu allen möglichen Dienstleistungen herangezogen worden, ohne Gelegenheit zu finden, sich zu beschweren und die Polizei zu benachrichtigen. Schließlich hat sie in Stöckdorf bei einem Händler sich über ihre Lage ausgelassen und dieser hat dafür gesorgt, daß sie in Heiligen, wo die Truppe Vorstellungen gab, befreit wurde.

Sechshundszig als Glücksspiel. Das Landgericht Hamburg hat am 15. September zwei Kellner wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels verurtheilt. Sie hatten „66“ gespielt, aber dabei einen sog. Topf errichtet. Das Reichsgericht erachtete in einem solchen Falle die Annahme eines Glücksspiels nicht für rechtsirrtümlich und verwarf die Revision der Angeklagten.

## Heute Abend

# Vorführung

von

# lebenden Photographien

und

# Lichtbildern

im

## „Vereinshaus“.

Ein Soldat als Selbstmörder. Am gestrigen Tage hat sich bei Genin nach einer Feldübungsübung ein Soldat der 6. Kompanie des hiesigen Regiments erschossen. Die Ursache soll eine Auseinandersetzung mit einem Unteroffizier gewesen sein. Der Selbstmörder diente im letzten Jahre. — Es würde sicherlich weite Kreise unserer Bevölkerung interessieren, zu erfahren, welcher Art diese Auseinandersetzung gewesen ist. Denn aus Vergnügen wird der junge Mann seinem Leben wohl nicht ein so schnelles Ende bereitet haben.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Gelfmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 29. Januar das Glandorferstraße 25 belegene Grundstück von F. A. Schulze.

Benötigt ist der in Strecknitz zum Gemeindevorsteher erwählte Hopsächter H. K. G. Schütt.

pb. Jugendliche Anfänger. Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr wurde von zwei 12-14jährigen Knaben die Ladentasse eines Grünwaarengeschäftes in der Fürstraße bestohlen. Dieselben erschienen in der Abwesenheit der Verkaufserin im Laden, zogen die nicht verschlossene Ladentasse heraus, entnahmen derselben etwa 4-5 Mk. und entflohen. Die Knaben dürften dieselben sein, welche am Dienstag Abend in der Königstraße einen leeren Lebkuchentisch, in welchem sie Bonbons vermuteten, stahlen.

pb. Kurzschluß. Gestern Abend 7 1/2 Uhr entstand bei der über dem Schaufenster der Firma Gebr. Heid in der Sandstraße befindlichen elektrischen Lichtanlage Kurzschluß. Die Umhüllung der Leitungsdrähte verbrannte. Weiterer Schaden entstand nicht. Die alarmirte Feuerwehre brachte nicht auszurücken.

pb. Fahrraddiebstahl. Gestern Nachmittag zwischen 5 und 7 Uhr wurde von dem Hausflur Königstraße 55 ein Fahrrad, Marke „Patria“ gestohlen. Dasselbe hat schwarzen Rahmen, gelbe Felgen, nach unten gebogene Lenkstange und trägt die Polizei-Nummer 476.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Gemittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Neumünster, welcher wegen Unterschlagung von der Großherzoglichen Amts-Anwaltschaft zu Sternberg feldbriefflich verurteilt wird. — Ferner wurde ein Knecht aus Münster i. W., welcher von der königlichen Staatsanwaltschaft zu Duisburg wegen Diebstahls feldbriefflich verurteilt wird, hier angetroffen und festgenommen. — Ein hiesiger Zimmergeselle brachte zur Anzeige, daß ihm in der Zeit vom 2. bis 5. d. Mts. aus dem Neubau Breitestraße 40 ein Stechbeutel (Stemmeisen) gestohlen worden sei.

Cutin. Unzeitige Frankheiten wurden im verfloffenen Monat aus dem Fürstenthum gemeldet: 3 Fälle an Scharlach (darunter 2 aus Schwartau-Renfefeld und 1 aus Stöckdorf), 32 an Masern (4 aus Cutin und 13 aus Ahrensböf) und 3 an Diphtheritis. Wie hieraus ersichtlich, treten die Masern sehr stark, hauptsächlich in Ahrensböf und Umgegend, auf. Todesfälle wurden nicht gemeldet. — Die Speiseankalt wird vom Freitag, den 11. d. Mts. eröffnet werden. Marken können an Wochentagen von 12 Uhr Mittags bis Nachmittags 8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 12 bis 2 Uhr Nachmittags bei Herrn Rathsherr Schade gelöst werden.

Möln. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl wurde Herr Ruß einstimmig wiedergewählt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In der Bedürfnisanstalt am Hamburger Hafen erkrankt ist die Wärterin Zimm. Es sind aus dem Ofen glühende Kohlen gefallen, haben daneben aufgeschüttete Kohlen entzündet und das sich daraus entwickelnde gefährliche Gas hat die Frau getödtet. — Der Handlungsgehilfe Bark, der vor einigen Wochen im Postamt in Altona dem Subalternbeamten 10 000 Mk. in Banknoten entriß, mit seiner Beute fortließ, aber bald wieder eingeholt und verhaftet wurde, ist zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden. — In Altona explodirte beim Feueranmachen eine Petroleumlampe. Die Frau erlitt lebensgefährliche Brandwunden. — Wegen Mißhandlung eines Untergebenen wurde in Kiel ein Postmannsmaat, der einen Matrosen mit der Faust derartig ins Gesicht schlug, daß die Nase blutete, zu 14 Tagen Mittelarrest verurteilt. Was hätte wohl der Matrose erhalten, wenn er mit dem Maaten in ähnlicher Weise verfahren wäre? — Dienstag Abend ertranken im Crivitzer See beim Schlittschuhlaufen die 16jährige Tochter des Schützenwirthes Rogholz und ihr Begleiter, der Mutter Hella. — In Holzow bei Hölbe wurde der Statthalter von der Drechselschneidmaschine erfaßt. Man konnte ihn leider nur mit zerschmettertem Kopf der Maschine entreißen. Der Tod trat bald ein.

Hamburg. Das neue Bürgergesetz vom 1. d. Mts. ist am gestrigen Tage in der Bürgerstadt mit großer Mehrheit angenommen worden. Öffentlich haben sich die Wahlrechts-Maulwürfe über den Erfolg dieser Aktion getäuelt. — Arbeit für den Senker. Das Schwurgericht verurtheilte gestern den Lumpenhändler



Christlichen, mehrere Fälle von Terrorismus der Herren Christlichen angeführt. So wurde auf einer Bank, wo nur durchweg christliche Gesellen beschäftigt sind, einem dem Deutschen Holzarbeiterverbande angehörenden Kollegen das Arbeitsverhältnis so schwer gemacht, resp. Druck auf ihn ausgeübt, daß er sich entschließen mußte, aus dem Verbands anzutreten. Der den Oberfelder Gesellenverein leitende Geistliche brachte es fertig, drei dem Verbands angehörende, im Gesellenhaus wohnende Mitglieder namentlich öffentlich bekannt zu geben und sie zu ermahnen, aus dem Verbands anzutreten. — Bezeichnenderweise werden diese Fälle von der bürgerlichen Presse einfach totgeschwiegen.

**Wieder eine verfehlte Aktion gegen die „Volksstimme“ in Magdeburg.** Unser Parteiblatt berichtet: Wenn der Trigtteil der „Volksstimme“ nichts bietet, was Staatsanwälten und Polizeibehörden Anlaß zum Einschreiten gegen unser Blatt geben könnte, wird der Inseratenteil abgefaßt. Man verwendet darauf ein Maß von Eifer, Spürsinn und Eile, das einer besseren Sache würdig wäre. Vor einem Jahre bereits wurde unser Genosse A. Fabian, der für den Inseratenteil der „Volksstimme“ verantwortlich ist, angeklagt, durch die Annahme eines Inserats über „Hilfsgeld durch Elektrizität usw.“ „unlauteren Wettbewerbs“ bezogen zu haben. Selbstverständlich wurde der Eifer des Staatsanwalts durch das Gericht erheblich zurückgedrängt, denn in beiden Jahren wurde unser Genosse freigesprochen. Man sollte glauben, daß bei dem Staatsanwalt demüthig genug gewesen. Aber weit gefehlt! Wegen desselben Inserats mit ganz demselben Inhalt, enthalten in derselben „Volksstimme“ in demselben Magdeburg erhielt derselbe „Angeklagte“ kürzlich wieder dieselbe Anklage! Dieser Tage wurde in einem ebenfalls sehr umfangreichen amtlichen Schriftstück dem „Angeklagten“ vom königlichen Landgericht die Mitteilung gemacht, daß „in der Strafsache wegen unlauteren Wettbewerbs der Katzung der Staatsanwaltschaft gegen den Angeklagten das Hauptverfahren zu eröffnen, abgelehnt wird“. Ausdrücklich und unüberhöllt weist das Gericht darauf hin, daß der Strafentwurf überflüssig war, denn es schreibt: „Die jugendliche Anklage entspricht in allen wesentlichen Punkten den in dem Strafverfahren gegen die gleichen Angeklagten 16 D. 82 03 den Gegenstand der Untersuchung bildenden Anzeigen, wegen deren durch Urtheil des königlichen Schöffengerichts zu Magdeburg vom 24. März 1903 bestätigt durch das Urtheil des königlichen Landgerichts zu Magdeburg vom 24. Juni 1903, rechtskräftige Freisprechung erfolgt ist. Das Gericht erachtet die Gründe dieser Urtheile auch für die jetzige den Gegenstand der Untersuchung bildende Anzeige der Staatsanwaltschaft für zureichend.“ Die ganzen Bemerkungen, Aktenverhandlungen u. s. w. waren also am 10. u. 11. Wieder sind dem Staat unnütze Kosten verursacht und wieder haben wir, wie so oft, die Freude, unsere Leser über eine neue verunglückte Aktion gegen die „Volksstimme“ unterrichten zu können.

Ein glänzender Sieg erfochten Montag die Arbeiter in Benig und die mit ihnen sympathisierenden Bürger bei den Stadtverordnetenwahlen. Die vier sozialdemokratischen Kandidaten (zwei anständige und zwei unanständige) wurden mit 344—359 Stimmen gewählt. Die vier Kandidaten der vereinigten Gegner erhielten 277—298 Stimmen. Unsere Genossen haben zum ersten Male die Majorität im Kollegium. Benig ist derzeit die einzige Stadt Sachsens, die sich rühmen kann, eine sozialdemokratische Mehrheit im Kollegium zu haben.

**Ein großer Unfug.** Angeklagt war der Vertrauensmann des 1. Berliner Reichstagswahlkreises, Gen. Doppel, weil er in einer Parteiverammlung ein Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie ausgebracht haben sollte. Das Gericht sprach dem „Vorwärts“ zufolge den Angeklagten frei, weil eine Erklärung des anderen Bewanders der öffentlichen Ordnung nicht in Frage kommen konnte, die Thatbestandsmerkmale des großen Unfuges also nicht gegeben seien.

**Vom „Koalitionsrecht“ der deutschen Arbeiterkassen.** Mit nahezu Strafmandaten hatte die Berliner Polizei während des Streiks bei Köhlig verschiedene Arbeiter bestraft, indem ihnen Übertragung der berühmten Strafmandatsempfehlung und großer Unfug zur Last gelegt wurde. Die Strafmandatsempfehlung erhebt jedoch gerichtlichen Einspruch, was bei bevorstehenden Verhandlungen am Montag Gelegenheit gab, sich über die gelegentliche Verschärfung ihres schwebigen Vorgehens vor dem Schöffengericht in Absicht einzulassen. Demnach förmliche Aus-

sagen der Polizeibeamten offenbar nach Schema F vorzuzugleich vorbereitet waren, ertheilte ihnen der Gerichtshof dennoch eine negative Note und erklärte, sich der polizeilichen Strafrechtsinterpretation nicht anschließen zu können. Die durch die Streikposten verursachte Verkehrsbehinderung wurde von den Schutzleuten in der Verhandlung nicht erwiesen, sondern nur einfach behauptet. Nur der Polizeileutnant Vorwerk versuchte die Verkehrsbehinderung plausibel zu machen und zwar führte er den Umstand an, daß das Publikum schon deshalb in die Sophienstraße, wo sich das Köhlig'sche Etablissement befindet, gelockt worden sei, weil es dort so viele Schutzleute stehen sah. Hiernach hätten sich also eigentlich die Schutzleute der Verkehrsbehinderung schuldig gemacht. Als weiteres Belastungsmaterial gegen die Streikposten bezeichnete derselbe Leutnant die dem Fabrikdirektor zugegangenen anonymen Briefe, in deren einem gefordert wurde, die Streikenden bis zum 16. Juni, dem Tage der Reichstagswahl, wieder einzustellen, widrigenfalls die Fabrik einfach in die Luft gesprengt werde. Aber auch damit hatte die Polizei kein Glück. In der Urtheilsbegründung hob nämlich das Gericht besonders hervor, daß diese anonymen Drohbriefe von vornherein außer Betracht bleiben müßten, da nicht der geringste Anhalt gegeben sei, daß sie überhaupt von Streikenden herrührten. Das Gericht könne kein Urtheil nur auf Grund von Thatsachen, nicht aber auf Grund von Behauptungen fällen. Es könne weder von Verleumdung noch von Verkehrsbehinderung die Rede sein. Auch unter den Unken und in der Friedrichstraße komme es zu Verkehrsbehinderungen; dort solle es aber der Polizei gar nicht einfallen, einzelne Personen herauszugreifen und auf Grund der Strafanordnung zu bestrafen. Sämmtliche Strafmandatsempfehlungen wurden kostenlos freigesprochen. Nur ein einziger erhielt unter Freisprechung von drei Strafbeiträgen 3 Mark Geldstrafe, weil er entgegen der Strafanordnung auf den Granitplatten des Bürgersteiges stehen geblieben war. Wie mag sich die Polizei über diese gründliche Abfuhr geäußert haben, die ihr das Moabit'sche Schöffengericht zu Theil werden ließ! Während dieses Urtheils durchaus dem allgemeinen Beschimpfen entspricht, ist das Gleiche von einem Urtheil des Schöffengerichts in Dülken nicht zu behaupten. Von diesem wurden nämlich 22 Farmer zu je 10 Mk. Geldstrafe verurtheilt, weil sie angeblich „den Verkehr gehindert“ hätten, als sie gelegentlich eines Streiks in der Rheinischen Webstuhlfabrik Streikposten stellten. Dabei wurde in der Verhandlung nachgewiesen, daß keiner der Leute auf der Straße stehen geblieben war, vielmehr hatten sie dieselbe lediglich nur als Posten benutzt, so daß von einer Verkehrsbehinderung in Wirklichkeit keine Rede sein konnte.

### Aus Mag und Bern

Ein entsetzlicher Unfall hat sich Montag früh 6 Uhr auf dem Schweinefleischhofe in Berlin zugetragen. Der Geheule Paul Schmarz, der an Krämpfen leidet, stürzte in den mit siedendem Wasser gefüllten Brühkottich, wobei ihm die eine Körperhälfte und ein Arm förmlich zerlegt wurden. Er ist ihm gelang, sich zu retten. Doch brach er nach wenigen Schritten zusammen. Arztliche Hilfe war nicht zur Stelle, der Weg aber von der Landwehrer Allee bis zur nächsten Unfall- und Rettungstation ist weit, und ehe die entsprechenden Transportmittel herbeigeschafft werden, vergeht geraume Zeit. Die Berliner Stürmer knüpfen an diesen Umständen lebhaft Klagen über den Mangel an sanitären und feuerpolizeilichen Einrichtungen auf den Berliner Schlachthöfen.

**Für das Gefängnis zu sein.** Im Februar wurde zur Aufstellung einer größeren Bekleidungsanstalt nach der Anordnung des Fabrik- und Grundbesitzers Dorn auf der Grube in Gröppin von dem Kammerpolier Richter ein Mann ausgeführt, der am 26. Februar einharrte. Eine Saft von 160 Zentnern, die zum Theil auf einer alten Mauer ruhte, brach zusammen. Unter den verunglückten Arbeitern verfiel einer in Suetikum, da er eine Rückenmarkverletzung erlitt. Am Freitag fand jener Direktor vor der Strafkammer in Halle, weil er bei der Leitung des Unfalls nach § 330 des St. G. B. gegen die allgemeinen anerkannten Regeln der Baukunst verstoßen hatte. Aber auch dem Kammerpolier Richter wurde ein sehr kästiges Verdicten zur Last gelegt, weil er gegen die jahrelangen Anordnungen des Direktors nicht remonstrirt hatte. Das durch die Fahrlässigkeit des Direktors hervorgerufene Unglück ist groß. Die geladeten Sachverständigen erkannten die Schuld des Direktors an; sie meinten aber, auch der Polier habe seine Dienstpflicht verletzt, da er als Fachmann gegen die

Anordnungen des Leiters hätte opponiren müssen. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß den Direktor in seiner gesellschaftlichen Stellung eine Gefängnisstrafe zu schwer treffen würde und beantragte gegen ihn eine Geldstrafe von 600 Mk.; gegen Richter wurden 100 Mk. beantragt. Das Gericht erkannte gegen den Direktor auf die höchste zulässige Geldstrafe von 900 Mk. und gegen Richter, dem es schwer fiel, gegen die Vorgesetzten zu opponiren, auf 30 Mk. — Solche Urtheile wirken auch wie ein Theil von der bekannten Kraft, ganz besonders aber solche Begründungen.

**Trend's Gefängnis in Magdeburg.** Am Sonntag, so schreibt man der „Frankf. Ztg.“ aus Magdeburg, unternahm zum ersten Male die Stadtverordneten unter Führung der Bürgermeister und anderer Magistratsmitglieder eine Besichtigung der sogenannten Sternschanze. Diese umfaßt das Gebiet des Bastion Theils, der vor 150 Jahren dem unglücklichen Friedrich von der Trend als Festung diente. Dieses historische Gelände ist vor kurzem der Stadt von Fiskus übergeben worden und soll demnächst abgetragen werden. Dem kolossalen Bauwerk ist es nach 1870, im neuen „Stern“ (dem alten von 1720 angepaßt) eingegliedert worden. In den Keller selbst gelangt man durch einen langen, tunnelartigen Durchgang, der beide „Sterne“ miteinander verbindet. Am Ende des Tunnels befindet sich eine Brücke, die über den Wallgraben führt. In diesem tiefen Wallgraben befindet sich das jetzt dem Abbruch fallende Gefängnis, in dem Friedrich v. d. Trend 9 1/2 Jahre lang, von 1754 bis 1764, schmachtete. Man sieht noch heute den schweren eingemauerten Hofen, an dem Trend auf Befehl Friedrichs des Großen in schweren Ketten angegeschlossen war. Weil er zu auszubringen verurtheilt hatte, war er aus der Magdeburger Zitadelle dorthin gebracht worden. In letzterer hatte er 11 Monate lang als Gefangener gefesselt. Trend's Gefängnis ist ein 8 1/2 Meter langer Ziegelbau, nicht ganz 4 Meter breit und 2 1/2 Meter hoch. Nach der Ueberlieferung war der Eingekerkerte über 6 Fuß groß. Er hat also in diesem Raume kaum gerade stehen können. Das doppelte vergitterte Fenster oben an der Decke ist noch zu erhalten. Auch die Stelle, wo das Bett Trend's gestanden, ist noch zu sehen. Unter diesem Bett hatte der Gefangene nach Jahre langen Mühen eine Lücke gegraben, durch die er fliehen wollte. Die mühseligen Anstrengungen waren aber vergeblich, da die Vorbereitungen zur Flucht entdeckt wurden. Interessant zu sehen ist der vor dem Haupttraume befindliche kleine Vorrath. Durch zwei schwere, doppelte eiserne Thüren war er früher von dem Hauptkeller getrennt und diente als Vorrathsort für den Wachposten. Die Mauern beider Räume sind, wie Trend in seinen Memoiren ganz richtig vermuthet, fast vier Meter stark! Von den inneren Kammerräumen führen viele unterirdische Gänge, alle mit dicken Eisenthüren versehen, zu den äußeren Werken.

Ein förmlicher Geschäftsboykott ist von Agrariern gegen die Goslarer Kaufleute inszenirt worden. In dem Orte Lenade (bei Wienenburg) hat sich eine Vereinigung von Landwirten gebildet, die eine Botenfrau angestellt haben, welche für sie die erforderlichen Waaren aus Braunschweig holt. Den Goslarer Geschäftsleuten soll nichts mehr abgekauft werden, weil — sie bei der letzten Wahl für den Nationalliberalen Horn gestimmt haben. — Was würden wohl dieselben Leute sagen, wenn die Goslarer und andere Städter auf den Bezug der landwirtschaftlichen Produkte dieser Sorte von Agrariern verzichten würden.

**Eine merkwürdige Majestätsbeleidigung.** Wie dem „Stowo Polskie“ aus Warschau berichtet wird, wurde der Chef der Warschauer Bekleidungsunternehmung, Swiejowski, welcher für die Leiche der Prinzessin Elisabeth von Hessen den silbernen Sarg hergestellt und die Aufbahrung der Leiche in Stiernewice besorgt hatte, angeklagt, die Rechnung vorzulegen. In seiner Antwort erklärte Swiejowski, daß er auf die Bezahlung der Kosten verzichte, dafür aber um Ertheilung des Titels eines Hoflieferanten (1) bitte. Wegen dieses als Majestätsbeleidigung qualifizierten Auerbietens wurde Swiejowski verhaftet. — Unanständig!

**Wucherer Markt.** vom 9. Dezember.  
Bauern-Butter Bfd. 1,20 Mk., Meierers-Butter Bfd. 1,30 Mk.,  
Hansen Std. 3,00 Mk., Enten Std. 2,80 Mk., Hühner Std.  
1,80 Mk., Küken Std. 1,50 Mk., Tauben Std. 0,60 Mk.,  
Gänse Bfd. — 68 Pf., Fildgans 3.— Mk., Schweinefleisch  
Bfd. 0,45 Mk., Schinken Bfd. 0,80 Mk., Würst Bfd. 1,20 Mk.,  
Pfer 6 Std. 60 Bfg., Kartoffeln 10 Biter 50 Bfg., Karotten  
Bfd. 1.— Mk., Karawischen Bfd. 80 Bfg., Gochte Bfd. 60 Bfg.,  
Barische Bfd. 60 Bfg., Mal Bfd. 0,90 Mk.

damit diese sich nicht noch mehr anfragen sollte. Aber plötzlich wurde sie empör und schrie lautlos, wie die Mutter sich konvulsiv ihren Arm ergreift und schreit. „Lach der Vater dich nicht in der Stube ergründen lassen und herstehe auch dem Bedrängten darüber, daß dem jetzt häufig gegriessene Affente herübersteht, die aber auch schon in demselben Moment eine bestimmte Form annehmen.“  
„Halber Gott!“ rief die Mutter und richtete sich, ohne aber der Tochter Arm los zu lassen, halb von ihrem Stuhl empör, „was ist das? Ist das nicht...“  
„Sie habe in der That Ursache, erkrankt zu sein, denn was konnte jetzt in diesem überaus heißen? Die Gesellschaften Franziska's lag jetzt acht Tagen krank in ihrem Zimmer, und die Frau — es war der nämliche Markt, von dem die Mutter eben gesprochen und der sie nie wieder seit der langen Zeit in dem Hause gehört.“  
„Dann“ fragte die Frau nach, „als sie den Namen rief.“  
Die Frau war plötzlich verblüfft, aber wenige Sekunden später und sie sich selbst der Vater begeben hatte, nach der Frau zu sehen, wurde diese empör; eine kleine, kräftige, jugendliche Gestalt mit einem wirren bunten Vorwuschel stand auf der Schwelle, und mit dem Gesicht: „Mutter, meine Liebe, liebe Mutter!“ sprach er auf die Dame zu, „jetzt ist in diesem Hause und drüben ist, erwidert er ihre Worte mit Köpfen bedeckt, jetzt und immer.“  
Die Mutter lag halb ohnmächtig, stieg in ihrem Arme; doch auch Franziska war herbeigekommen und hatte den Vater angesetzt, während der Fremde einen Moment in einer Art von Beklemmung stand, denn diese Art von Ueberraschung, die ganz Eigne mit ihrer Befragung, sollte neben dem Un-

gefügigen des Einrichtens, ohne daß auch nur einer der Anwesenden einen Fremden gemeldet hätte, widersetzte für den ersten Augenblick seinem aristokratischen Gefühl; aber es war doch auch wirklich nur ein Augenblick. Sein Sohn, sein Kind, sein Erbe, an dem ja von je sein ganzes Herz gehangen, stand da vor ihm, nicht verloren, sondern kräftig und gesund, und wie sich der Sohn jetzt, ohne jedoch die Mutter los zu lassen, zu ihm überlegte, schlang auch er seinen Arm um ihn, und eine glücklichere Gruppe gab es vielleicht in diesem Augenblick nicht auf der ganzen weiten, beschneiten Welt.  
Es dauerte auch eine geraume Zeit, bis sich die einzelnen Glieder dieser jetzt in einander geschlungenen Kette wieder lösen und Gedanken, Sprache gewonnen; dann aber härmte eine solche Fülle von Fragen auf den jungen Mann ein, daß er, noch unter Thränen laufend, beide Hände vorbrachte und sagte: „Aber, Mutter, Franziska, um Gottes willen nicht Alles auf einmal, und nur nach der Reihe! Ich gebe Euch mein Wort, daß mir der Kopf schon außerdem so warm ist, ich weiß kaum, wo er mir steht, und ich muß mich selber erst bequemen, ob ich auch wirklich bei Euch in dem heilen, alten Hofenboden sitzen und die Geschichten nicht, wie schon viel tausendmal vorher, nur eben träumen, um nachher den ganzen langen Tag an dem Traume zu brüten und gegen das Demuth erzuämpfen.“  
„Aber wo kommt Du jetzt her?“ fragte der Vater. „Du bist ganz von der Sonne verbrannt.“  
„Durst von Bern.“  
„Das Bern?“ rief die Mutter und schlug die Hände in kläglichem Entsetzen zusammen, „so weit und dem langen Weg über das Meer?“  
„Ja, Mama,“ lachte sie der Sonne freundlich zu, „eine

lange Strecke ist's freilich, aber auf den englischen Postdampfern fährt man jetzt so rasch und so bequem...“  
„Und die vielen fürchtbaren Stürme, die wir in der letzten Zeit hier gehabt,“ sagte die Mutter innerlich zusammenfassend, „oh, da kann ich dem Himmel ja gar nicht genug danken, daß ich Dich mit keiner Agnung meines Herzens auf dem großen Wasser wußte, ich wäre sonst in meiner Todesangst hier vergangen.“  
„Das ist allerdings ein Glück, Mama,“ lächelte Hans, „denn Du würdest Dich ganz ohne Noth gefordert haben. Wir hatten die ganze Zeit das herrlichste ruhige Wetter und außerdem eine sehr vergnügte Reise mit äußerst angenehmen Reisegefährten.“  
„Und nicht ein einziges Mal geschrieben hast Du, Hans,“ rief die Mutter in vorwurfsvollem Ton — „nicht einen einzigen Brief, so daß wir doch wenigstens wußten, Du lebst und dachtest noch an uns.“  
„Ja, Mama,“ sagte Hans verlegen — „das ist mit dem Briefschreiben von da drüben her eine ganz eigene Sache, und ich konnte Dir Hunderte von jungen Leuten nennen, die sich desselben Bergehens schuldig gemacht haben. So lange man noch nichts ist und noch nichts verdient hat, schämt man sich, nach Haus zu schreiben — man will nicht gern eingestehen, daß man sich in allen Hoffnungen getäuscht gesehen hat, und nachher — wenn man es erst zu etwas bringt, ja, dann denkt man wieder vor Allem an die Heimath, schiebt aber das Briefschreiben ebenfalls wieder und wieder hinaus, immer in der Hoffnung, auch gleich recht bald und im ersten Briefe den Tag bestimmen zu können, wo man im Stande ist, wieder heimzukehren — und so wird immer nichts daraus.“  
(Fortsetzung folgt.)